

Heinrich Bleicher

Krisenjahre und Zerstörung der Republik

Am 27. September 1971 klingelte es an der Haustür von Jost Hermand in Milwaukee in Wisconsin. Als er öffnete, stand vor ihm Hans Mayer. Es war die erste persönliche Begegnung der beiden, die sich aber über ihre Bücher kannten.

Der Begrüßungssatz von Mayer: „Herr Hermand, da ist vor kurzem ein Buch über die Zeitschrift der ‚Rote Kämpfer‘ erschienen die ich und Richard Friedenthal 1931/32 in Berlin als KPO-Blatt herausgegeben haben. Das müssen Sie sofort lesen. Wissen Sie, der junge Hans Mayer, sehr interessant!“¹ Dieser eitel klingende Satz irritierte Jost Hermand nur kurz. Dann wurde ihm klar, dass Mayer nicht über Belangloses wie zum Beispiel den Flug in die USA, sondern über Politik reden wollte. Bei dem Buch ging es um die Dissertation von Olaf Ihlau, der im Mai 1968 bei Wolfgang Abendroth über die kleine linke Gruppe, die sich selbst als „Rote Kämpfer“ bezeichnete, geschrieben hatte. Ab Februar 1931 war Hans Mayer in Köln einer der Herausgeber der Zeitschrift „Der Rote Kämpfer“. Darüber wird nach mir Helen Sotowic referieren. Da es bei ihr wesentlich um die Gruppe der „Roten Kämpfer“ in Köln und ihre inhaltlichen Beiträge in der Zeitschrift geht, habe ich mir vorgenommen einige Ausführungen über den entsprechenden Zeitraum in der Weimarer Republik zu machen.

Durch die Weltwirtschaftskrise – ausgelöst durch den Schwarzen Freitag in New York am 29. Oktober 1929 – und die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Brüning-Regierung spitzten sich die Gegensätze zwischen den Linken in der SPD und der Parteiführung zu. In dem Kapitel „In den wirtschaftlichen Abgrund“ des ausgezeichneten Buches „Das Zeitalter der Extreme“ von Eric Hobsbawm kann man die weltweiten Ursachen und Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise ausgezeichnet studieren.² Ausdrücklich weist er auf die „zentrale und traumatische Massenarbeitslosigkeit“ für die Industriestaaten hin.³

Blicken wir auf Deutschland und die Weimarer Republik. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 waren SPD und KPD als klare Sieger hervorgegangen. Es war der größte Erfolg der SPD seit 1919. Sie erhielt über 9 Millionen Stimmen. Die KPD hatte dreieinviertel Millionen erhalten. Die NSDAP rund 800.000 Wähler.⁴ Arthur Rosenberg, ein zeitgenössischer marxistischer Historiker, stellt in seinem immer noch gut lesbaren Buch „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“ fest:

„Die Wahlen vom Mai 1928 erweckten den Anschein, als wäre das Klassenbewußtsein und der Wille zum Sozialismus in der deutschen Arbeiterschaft gestiegen. Aber eine solche Auffassung wäre eine arge Selbsttäuschung gewesen. Unter den 9 Millionen Wählern der SPD waren nur ganz wenige, die ernstlich den revolutionären Sozialismus wollten. Die Arbeiter wählten SPD, weil sie im allgemeinen mit den bestehenden Zuständen zufrieden waren. Sie waren damit einverstanden, daß die SPD und die freien Gewerkschaften, im Rahmen des stabilisierten deutschen Kapitalismus, sich für die Tagesinteressen der Arbeiterschaft einsetzten. Im Grunde war auch die Stimmung der meisten KPD-Wähler nicht anders.... Während die Rechte unter Hugenberg und Hitler zum Kampf gegen das bestehende System aufrief, war die Linke offenbar mit der bestehenden Ordnung der Dinge einverstanden: eine überaus unnatürliche Situation, die für die Deutsche Republik schwere Gefahren in sich schloß.“⁵

Reichskanzler wurde der SPD-Mann Hermann Müller.

Mit dem Börsenkrach wendete sich die Situation abrupt. Ende 1929 lag die Arbeitslosenziffer bei knapp 2 Millionen und stieg 1930 auf drei Millionen. Dazu kamen Millionen von Kurzarbeitern. Für die Reichsregierung machte sich die Krise in der zweiten Jahreshälfte 1929 durch den Rückgang der Steuereinnahmen geltend. Der sozial-demokratische Finanzminister Rudolf Hilferding stand u.a. vor dem Problem nicht genug Geld für die Auszahlung der Arbeitslosen-versicherung zu haben und die Gehälter der Beamten nicht zahlen zu können. Als die Reichsregierung Geld von den Banken haben wollte, weigerte sich der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht. Erst müsse es zur Schuldenreduzierung und Erhöhung der Einnahmen kommen. Die Auseinandersetzungen führten dazu, dass auf Druck der Deutschen Volkspartei Finanzminister Hilferding entlassen werden musste. Die SPD hoffte, durch Akzeptanz dieses Hinauswurfs die große Koalition zu erhalten.

Das Hauptfeld der Auseinandersetzung war aber die Frage der Arbeitslosenversicherung. Im Juli 1927 hatte der Reichstag mit überwältigender Mehrheit das Gesetz zur Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung beschlossen. Damit erhielten Arbeiter und Angestellte einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung, der gebunden war an Arbeitswilligkeit und unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer hatten die Beiträge - maximal drei Prozent des Lohns - in gleicher Höhe aufzubringen. Träger der Versicherung war die "Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung".

Im März 1930 schien es eine Einigung auf die Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge auf vier Prozent zu geben, die SPD wollte aber nur auf 3,75 Prozent erhöhen. Die DVP verlangte stattdessen ein Finanzierungsprogramm durch sozialen Leistungsabbau, den wiederum die Sozialdemokraten vehement ablehnten. Ein „Kompromissvorschlag“ des Zentrumsvorsitzenden Heinrich Brüning das Problem zu vertagen, wurde von der SPD nicht akzeptiert. Daraufhin zerbrach am 27. März die große Regierungskoalition die aus den Parteien SPD, Zentrum/BVP, DDP und DVP bestanden hatte.

Reichspräsident von Hindenburg beauftragte am 29. März Heinrich Brüning mit der Regierungsbildung. Dieser ersetzte lediglich die drei sozialdemokratischen Minister durch Vertreter der "Wirtschaftspartei" (Justizminister Victor Bredt), der "Volkskonservativen Vereinigung" (Minister für die besetzten Gebiete Gottfried Treviranus) und der DNVP (Ernährungsminister Martin Schiele, Vorsitzender des nationalkonservativen, großagrarisch-beherrschten "Reichslandbundes"). Damit begann der Übergang zu den Präsidialkabinetten, die nicht mehr von der Mehrheit des Reichstags abhängig waren, sondern sich auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten stützten. Brüning strebte wie der Reichspräsident eine stabile rechte Mehrheit im Reichstag unter seiner Kanzlerschaft an. Wie er dabei vorging und welche Folgen seine Politik hatte, wird sehr prägnant und drastisch von Hans-Ulrich Wehler in seinem Buch „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“ in dem Kapitel „Der Amoklauf des »deutschen Staatmannes« Heinrich Brüning“ geschildert.⁶ Der 45jährige Ex-Infanterieoffizier und ehemalige Geschäftsführer des christlichen Gewerkschaftsbundes war nach Wehlers Charakterisierung ein „glühender Nationalist und reaktionärer Monarchieverehrer“.

Der richtige Mann aus Sicht des Weltkriegsgenerals von Hindenburg und der Reichswehr. Seine vorrangigen Ziele waren die Sanierung des Staathaushaltes auf

Kosten von Lohnabbau und Kürzung der Sozialausgaben bei Beibehaltung der militärischen Ausgaben. Sein „Rettungsprogramm“ wurde mit Hilfe von Notverordnungen durch den Reichspräsidenten aufgrund des Artikel 48 der Verfassung in Kraft gesetzt. Das führte zur Zerstörung der angeschlagenen parlamentarischen Demokratie. Die Parlamentarische Gesetzgebung wurde von 1930 bis 1933 quasi ausgehebelt. Die Zahl der Notverordnungen stieg rapide, während die Sitzungstage des Reichstags und auch die parlamentarische Gesetzgebung sanken.

Umfangreich listet Wehler die Negativbilanz der Brüning'schen Maßnahmen auf. Hier einige Hauptpunkte:

- mehrfach erhöhte Brüning die Steuern
- Sonderzuschläge wurden von ledigen Lohn- und Einkommensbeziehern ein gezogen
- Die Krisensteuer zugunsten der Arbeitslosen wurde von allen Lohn- und Gehaltsempfängern erhoben
- Die Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumgenossenschaften wurden erhöht
- Sonderabgaben wurden den Beamten abverlangt
- Eine dreifache Gehaltskürzung minderte das Monatseinkommen der Beamten um 19 bis 23 Prozent
- Harte Abstriche von den Pensionen und Renten, selbst von Kriegsoffer-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen wurden eingeführt, während zugleich die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 6,5 Prozent erhöht, alle Leistungen aber drastisch gekürzt wurden.⁷ Die Folgen einer derart rigorosen Sparpolitik an der Brüning „starrsinnig“ festhielt, katapultierte die Arbeitslosenzahl in drastische Höhen. Die Arbeitslosenquote von 15,7 % im Jahr 1930 steigt auf 30,8 % im Jahr 1932. Im Februar 1932 stehen mehr als sechs Millionen Arbeitslose nur noch 12 Millionen Beschäftigten gegenüber.

Als bitterste Folge dieser Politik die „Brüning zum Totengräber der Republik“ werden ließ, benennt Wehler das Ergebnis der Reichstagswahlen im September 1930. Die Reichstagsfraktion der NSDAP erhöhte sich von zwölf auf 107 Abgeordnete und damit war sie die zweitstärkste Partei nach der SPD. Die SPD-Fraktion sank im Vergleich zu 1928 von knapp 30 Prozent auf 25,4 Prozent, während der Anteil der KPD von 10,6 Prozent auf 13,1 Prozent stieg. Die Krise hatte massenweise auch ehemalige Nichtwähler mobilisiert. Die Zahl der abgegebenen Stimmen stieg von 31 Millionen im Jahr 1928 auf 35 Millionen.⁸

Die SPD-Führung tolerierte trotz allem die Brüning'sche Politik, um Schlimmeres bei einer erneuten Reichstagswahl zur Stärkung der NSDAP zu verhindern. Diese Politik stieß auf entschiedenen Widerspruch bei den Linken in der SPD. In beiden Arbeiterparteien gab es deutliche Kritik an der jeweiligen Parteiführung. Von der SPD spaltete sich die SAPD im Herbst 1931 ab. Sie wurde von sechs linken SPDlern (u.a. Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz) gegründet, die wegen ihres Vergehens gegen die Fraktionsdisziplin und der Ablehnung der Tolerierungspolitik gegenüber Brüning ausgeschlossen worden waren. Auch junge Linkssozialisten wie Willy Brandt, der damals noch unter seinem Namen Herbert Frahm in Lübeck lebte. Von der KPD

spaltete sich die KPD-Opposition (KPO) um Heinrich Brandler und August Thalheimer ab, die Anfang der 20er Jahre Führungspersonen der KPD gewesen waren. Beide Parteien riefen zur Einheitsfront aller Arbeiterparteien und der Gewerkschaften auf, um den Faschismus zu bekämpfen.

Im zweiten Raum zum Thema Widerstand hier im EL-DE-Haus findet sich ein reproduziertes Flugblatt mit dem Aufruf zum einheitlichen Kampf gegen den Faschismus. Der kam aber nicht zu Stande. Die SPD lehnte das Zusammengehen mit ihren alten Genossen ab und war wegen des Sozialfaschismusvorwurfs der KPD auch nicht bereit mit dieser zusammenzuarbeiten. Die KPD, die damals von Thälmann geleitet wurde, folgte den Vorgaben aus Moskau. Sinowjew und Stalin entwickelten 1924 die These vom Sozialfaschismus, die dann ab 1928 verstärkt vertreten wurde.

Stalin formulierte es so: „Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. [...] Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder.“⁹

In der Zeitschrift „Der Rote Kämpfer“ gibt es mehrere Beiträge zur Faschismuskritik. Sie entsprechen nicht den Plattitüden der KPD-Argumentation. Sie fußen zum Teil auf Ausführungen von August Thalheimer, der schon seit Beginn des Jahres 1929 in der Zeitschrift der KPD-Opposition „Gegen den Strom“ sehr deutlich und klar die Übergänge von der bürgerlichen Präsidialherrschaft mit dem Regime des Artikels 48 zum faschistischen Staatstreich prognostizierte. 1932 veröffentlichte Thalheimer seine Broschüre „Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?“ in der er zwei Fragen analysierte:

1. Warum sind die reformistischen Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? Und
2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt und wie muß sie geändert werden?

In seinen Ausführungen geht er bis zum Jahr 1923 zurück, wo es mit einem Generalstreik gelungen war, den Kapp-Lüttwitz-Putsch niederzuschlagen.

Arthur Rosenberg, der die Situation und Konstellationen aus eigener Erfahrung, ähnlich wie Thalheimer genau kannte, stellte fest:

„In den Jahren 1929 und 1930 waren wiederum in Deutschland genauso wie 1923, alle Elemente einer großen Volksrevolution gegen das herrschende System vorhanden. Wiederum haben die SPD und die KPD gleichmäßig eine große historische Stunde nicht ausnutzen können. Die Kommunisten unternahmen seit 1928 eine neue von Russland befohlene Schwenkung ihrer Politik.“¹⁰

Die KPD hatte eine wirklich revolutionäre Politik zur Sammlung der arbeitenden Massen nicht entwickelt. Sie betrieb nach Rosenberg eine „lärmende Agitation, die ganz auf die Bedürfnisse utopisch-radikaler Erwerbsloser gerichtet war.“¹¹ Mit wachsender Arbeitslosigkeit gewann sie viele Mitglieder, die aber außer durch Demonstrationen keine Wirkung erzielen konnten. Aufgrund der verfehlten oppositionellen Gewerkschaftspolitik (RGO) hatten sie auch nicht ausreichend Mitglieder unter den Arbeitenden, um wirkungsvolle Streiks in Gang setzen zu können.

Die Massen der SPD und freien Gewerkschaften waren zu größeren Kampffaktionen in entscheidenden Situationen nicht bereit. Am Beispiel der 1931 gegründeten „Eisernen Front“ einem Bündnis von Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), der SPD und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB) wird deutlich, dass es nicht mehr um die Revolution sondern die Verteidigung der Republik ging.¹² Es ging um den Kampf gegen rechts. Insbesondere gegen die Organisationen, die sich im Oktober 1931 zur „Harzburger Front“ zusammengeschlossen hatten; die NSDAP, die DNVP, der Stahlhelm und der Alldeutsche Verband.

Am Beispiel des „sogenannten „Preußenschlages“ von 1932 wurde dies deutlich. Nachdem Brüning am 30. Mai 1932 entlassen worden war, übernahm am 1. Juni der Ultrakonservative Franz von Papen das Amt des Reichskanzlers. Der gelernte Berufsoffizier und Mitglied des Zentrums setzte die radikale Sozialpolitik Brünings fort. Er kürzte die Arbeitslosenunterstützung um 23, die Kriegsfürsorge um 17 und die Wohlfahrtszahlungen um 15 Prozent. Sein Kabinett der „nationalen Konzentration“ wurde auch als „Kabinett der Barone“ bezeichnet, arbeitete parlamentsfeindlich und holte zum Schag gegen die letzte sozialdemokratische Kraft, den Freistaat Preußen, aus.

Bei den preußischen Landtagswahlen im April 1932 hatten die NSDAP und die KPD zusammen 219 Sitze von insgesamt 423 Mandaten erhalten. Alle anderen Parteien hatten zusammen 204 Sitze. Ohne eine der aus Sicht der SPD demokratiefeindlichen Parteien konnte also keine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit gebildet werden. Die Landesregierung trat zurück und das Kabinett Braun blieb gemäß Artikel 59 der Landesverfassung geschäftsführend im Amt. Von Papen favorisierte ein Zusammengehen von NSDAP und Zentrum. Das wollte Hitler aber nicht. Die Auseinandersetzungen zog sich hin. Am 14. Juli 1932 hatte sich Papen eine Notverordnung zur Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen geben lassen. Der Anlass zur illegalen Übernahme der Macht kam dann durch den „Altonaer Blutsonntag“ über den von Papen dann das Versäumnis der preußischen Regierung konstatierte. Am 20. Juli entließ Papen dann die geschäftsführende Regierung und setzte sich selbst als Reichskommissar ein. Mit sofortiger Wirkung wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Reichswehr wurde unter dem Reichswehrminister Kurt von Schleicher zum Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt. Die SPD und die Gewerkschaften scheuten vor einem Generalstreik zurück und setzten auch nicht die 90.000 Männer der Preußische Polizei zur Gegenwehr ein. Man befürchtete einen Bürgerkrieg. Es wurde der rechtliche Weg beschritten, der aber im Oktober nicht zum Erfolg führte.¹³

Von Papen rief im September für den 6. November 1932 Neuwahlen aus. Die NSDAP hatte einen leichten Rückgang zu verzeichnen, blieb aber stärkste Partei. Papen favorisierte Hitler als Reichskanzler wurde aber selbst aus dem Amt verdrängt, dass General Kurt von Schleicher übernahm. Mit seiner Politik hatte dieser kein Glück. Hinter seinem Rücken verhandelte von Papen unter Zustimmung Hindenburgs mit Hitler. Das erste entscheidende Treffen fand am 4. Januar 1933 im Haus des Kölner Bankiers Kurt Freiherr von Schröder statt. Das Ergebnis ist bekannt.

Von Schröder hat später beim I.G. Farben-Prozess 1947 in einer eidesstattlichen Stellungnahme u.a. erklärt:

„Weiterhin führte Papen aus, daß er es für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente, die ihn unterstützt hatten, zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und Papen zusammen geführt werden sollte. Daraufhin hielt Hitler eine lange Rede, in der er sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten, sofern sie gewillt wären, seine Politik, die viele Änderungen bestehender Zustände verfolgte, zu unterstützen. Er skizzierte diese Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung, durch welche ... die Möglichkeit der Zusammenarbeit gegeben war.¹⁴

Am 30. Januar 1933 war es so weit. Hitler wurde offiziell zum Reichkanzler ernannt mit von Papen als Vizekanzler. Die Nazizeitung der „Westdeutsche Beobachter“ feiert den „Befreier Hitler“. Am 1. Februar stimmte Hindenburg der Forderung Hitlers den Reichstag aufzulösen zu.

Das nächste entscheidende politische Ereignis war der Reichstagsbrand vom 27. auf den 28. Februar 1933. Die Hitler-Regierung behauptete, dass seien die Kommunisten gewesen. Auf Grundlage der noch am 28. Februar erlassenen „Reichstagsbrandverordnung“ wurden mehrere Tausend Nazigegner, insbesondere Kommunisten und Mitglieder auch kleiner sozialistischer Parteien in Schutzhaft genommen und in die ersten provisorischen Lager gesteckt. Die Hauptpunkte der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ waren

- Beschränkungen der persönlichen Freiheit,
- des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit und des Zensurverbots
- des Vereins- und Versammlungsrechts,
- Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis,
- Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie
- Beschränkungen des Eigentums einschließlich der entschädigungslosen Enteignung.

Die Reichstagswahlen vom 5. März waren dann die letzten quasi demokratisch durchgeführten Wahlen.¹⁵ Die Nazis wurden die stärkste Partei, hatten aber noch nicht die absolute Mehrheit, die brauchten sie jedoch um das am 23. März 1933 vorgelegte „Ermächtigungsgesetz“ durchs Parlament zu bringen. Für das „*Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*“ stimmten dann in namentlicher Abstimmung die Abgeordneten der Regierungskoalition aus NSDAP und DNVP sowie die Abgeordneten des Zentrum, der Bayerischer Volkspartei (BVP) und der Deutschen Staatspartei. Die Kommunisten konnten nicht mehr teilnehmen, sie waren ausgeschlossen, ihren Stimmen annulliert. Die noch erschienenen SPD-Abgeordneten unter Otto Wels stimmen dagegen, aber das konnte die Annahme des Gesetzes, das am nächsten Tag in Kraft trat, nicht verhindern.¹⁶

¹ Der unbequeme Aufklärer – Gespräche über Hans Mayer, Herausgegeben mit einer Einleitung von Heinrich Bleicher, Mössingen-Talheim 2022, S. 154. Bei dem Buch handelt es sich um die Dissertation von Olaf Ihlau, Die roten Kämpfer, Meisenheim/Glan 1969

² Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München Wien 1995

³ A.a.O., S. 124ff

⁴ Siehe: <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/reichstagswahl-20-mai-1928>

⁵ Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, 1955, S. 459

⁶ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte - Vierter Band, München 2003, S. 516ff

⁷ Wehler, a.a.O. S.517

⁸ Siehe <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/reichstagswahl-14-september-1930>

⁹ Josef Stalin: Zur internationalen Lage; Werke, Band 6; S. 251–269, hier S. 253.

¹⁰ Arthur Rosenberg, a.a.O., S. 467

¹¹ ebenda

¹² Siehe dazu: Philipp Scheidemann, Das historische Versagen der SPD, Lüneburg 2002

¹³ Siehe: <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/reichstagswahl-31-juli-1932>

¹⁴ <https://www.ns-archiv.de/krieg/1933/04-01-1933.php>

¹⁵ Siehe: <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/reichstagswahl-5-maerz-1933>

¹⁶ Siehe u.a. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/156904/1933-reichstag-verabschiedet-ermaechtigungsgesetz/>